



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

April 2015

**Frieden ist nicht alles – aber ohne Frieden ist alles nichts!
Ostermarsch diesmal mit deutlich mehr TeilnehmerInnen**



Auftakt des diesjährigen Ostermarschs vor der Erlöserkirche in Borgfelde

Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe:
Montag, 04.05.2015

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Aus dem Vorstand	S. 2
Schwarzer Freitag für Spekulanten	S. 3
Billbrook / Ostermarsch	S. 4
Plural links geht anders	S. 5
Landesvorstand zum Parteitag	S. 6
Solidarität mit Syriza (Parteitag)	S. 7
Zum Tarifabschluss ÖD / 1. Mai	S. 8
NOlympia/ LitMenü	S. 9
Woche der Zukunft/Rolf Becker 80	S. 10
Resümee Ostermärsche	S. 11
Termine/Kontakt	S. 12

NOlympia: "Man kann hier Klassenwidersprüche aufdecken."

Bericht von einer spannenden Bezirksmitgliederversammlung

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
der fortgesetzt betongraue Scholz-Senat will seine "erfolgreiche Regierungspolitik", also die rechtssozialdemokratisch minimal korrigierte neoliberale CDU-Agenda "Wachsende Stadt" (Die Schornsteine müssen rauchen und der Ingenieur wird's schon richten), nun mit einem grünen "Anbau" fortsetzen. Das wichtigste Projekt dabei sei die Ausrichtung "nachhaltiger" Olympischer Spiele 2020, so die Koalitionäre bei der Vorstellung ihres Koalitionsvertrags am 08.04.2015.

Pünktlich am Abend desselben Tages kam unser Bezirksverband zu einer Bezirksmitgliederversammlung zusammen, die sich mit Mehmet Yıldız als Referenten dem Thema "**NOlympia**" gewidmet hat.

In vielen Beiträgen wurde deutlich: Olympische Spiele sind seit Jahrzehnten eine **Pervertierung der Völkerverständigung**, einem zentralen olympischen Gedanken, alleine schon durch die Präsenz des Militärs u.a. mit Flugschauen von Kampffjets. Es werden nicht mehr, wie historisch üblich, Kampfhandlungen eingestellt. Auch begegnen sich bei den Spielen nicht mehr Amateure ("Die Jugend der Welt"), sondern hochtrainierte Leistungssportler, die sich körperlich ruinieren - nicht selten unter Zuhilfenahme gefährlicher leistungssteigernder Mittel. So sind die Spiele ein **neoliberaler Ausnahmezustand** mit massiven Kontrollen ("Gefahrengebiete") und weiteren Einschränkungen (z.B. für Mitglieder des "International Olympic Committee" (IOC) gesperrte Fahrstreifen), der vor allem der **Bereicherung großer Investoren auf Kosten der Bevölkerung** dient - durch die nachhaltige Ausplünderung öffentlicher Gelder und ebenfalls nachhaltige Verteuerung der allgemeinen Lebenshaltungskosten, mit weiteren Folgen wie der Verdrängung sozial schwacher Bevölkerung. Nicht einmal die regionale Wirtschaft würde ernstlich profitieren. Auch kulturell sind solche Spiele ein Desaster: **Leistungshype, nationaler Taumel und Chauvinismus** erfahren einen Aufschwung - und das wird auch so gewollt: "Olympische Spiele in Deutschland stärken unseren Patriotismus.", so Innenminister Thomas de Maizière (CDU) bei einer Pressekonzferenz.

Mit einigen zentralen Aussagen wie der in der Überschrift zitierten machte Mehmet klar, dass wir in Kritik daran viel zu gewinnen haben. Denn der Unmut der Bevölkerung gegenüber neoliberalen Großprojekten und der gleichzeitigen Beschwörung, dass Kürzungen bei den zentralen öffentlichen Aufgaben "alternativlos" seien, wächst weiter an und die Austeritätspolitik wird beispielsweise durch die griechische Syriza-Regierung bereits massiv in Frage gestellt (siehe dazu auch die Solidaritäts-Resolution des Landesparteitags auf Seite 7). Dem verbreiteten Unmut müssen wir positive Richtung und Mut geben - und dabei gilt: **"Aufklärung ist der Schlüssel"** - wir müssen den HamburgerInnen bezüglich Olympia klar machen: "Das ist gegen eure Interessen" und in Erinnerung rufen, was stattdessen in ihrem Interesse ist: Wenn die Schuldenbremse für olympische Spiele plötzlich umgangen werden kann, dann doch auch und besser **für sinnvolle Investitionen in**

das öffentliche Leben: Breitensport, Rekommunalisierung der Krankenhäuser, kostenfreien öffentlichen Nahverkehr, lebenslange emanzipatorische und inklusive Bildung für alle und eine wirkungsvolle Beschäftigungspolitik!

Es ist eine Bankrott-Erklärung mit Beginn der Amtszeit, wenn der neue Hamburger Senat die Ausrichtung olympischer Spiele zu seinem Haupt-Projekt erklärt. Und es drückt sich darin die berechtigte Sorge aus, daß die Stimmung in der Stadt kippt - und die ist wichtig, denn im September soll bereits ein **Volksentscheid** darüber bestimmen, ob Hamburg an seiner Olympia-Bewerbung festhält. Hoch gepokert, denn in **München, Oslo, der Schweiz und in Österreich konnten NOlympia-Bündnisse** die Bevölkerung bereits überzeugen und **die Bewerbungen mit den Referenden kippen**. Gerade die oberflächliche Wohlfühl-Kampagne des Hamburger Senats ist da besonders brüchig. Zudem können wir hier in Hamburg anknüpfen an die erfolgreichen Volksbegehren "Unser Hamburg unser Netz" und hier in Mitte an die Verhinderung einer Seilbahn über die Elbe zu den Musicals, wo wir jeweils gegen private Wirtschaft, ihr gewogene Parteien und mediale Kampagnen die Bevölkerung mit einer positiven Alternative überzeugen konnten.

"Etwas Besseres als Olympia!" -

Das Bündnis bilden alle, die sich beteiligen

Wir können und sollten also deutlich machen: Wir sind Feuer und Flamme - für die menschenwürdige Entwicklung Hamburgs und der Welt, und deswegen muss auch Hamburg dem IOC (2012 zweitwertvollstes Unternehmen vor Google mit einem geschätzten Wert von 47,6 Mrd. US-Dollar) und weiteren Großkonzernen eine Absage erteilen und damit die Ära des Neoliberalen weiter ihrem Ende näher bringen. Dafür gilt es u.a. auch unserer Bürgerchaftsfraktion Beine zu machen, gemeinsam mit der Partei offensiv die Oppositionsrolle wahrzunehmen und nicht mit niedrigschwelligen Angeboten Partei und Bewegung zu verkaufen. Außerdem sollten wir uns zahlreich an dem Hamburger Bündnis beteiligen, das sich das nächste Mal am Freitag, den 24.04.2015 (wahrscheinlich wieder im Centro Sociale) trifft. Unter dem folgenden Link könnt ihr euch dafür auf dem Laufenden halten: <http://nolympia-hamburg.de/>

Hier könnt ihr die Resolution vom 11.04. aufrufen: http://www.etwasbesseresalsolympia.org/etwas_besseres_resolution_2015-04-11.pdf

Hier findet ihr die sehr gute Broschüre von Mehmet und Özgür Yıldız: <http://www.die-linke-hamburg.de/uploads/media/Olympia-Studie.pdf>

Und hier gibt es ein aufschlussreiches satirisches Video zu sehen:

<https://www.youtube.com/watch?v=D0ep9b33SBA>

Ich hoffe, euch bald wieder zu sehen und in den anstehenden Kämpfen mit euch wirksam zu werden!

Mit solidarischen Grüßen aus dem Vorstand,
Alexander Benthin

Schwarzer Freitag für Spekulanten und Verwaltung

Nach Jahren der Kritik am Mietenwahnsinn (AnwohnerInnen wie Gewerbetreibende betreffend) und der massenhaften Umwandlung von Miet- in teure Eigentumswohnungen ist vielen St. GeorgerInnen nach und nach der Kragen geplatzt. Am Freitag, den 13. März, lud der Einwohnerverein daher ein zu einem „informativen Rundgang gegen Spekulantengier und behördliches Versagen“. Wir wollten damit ein Zeichen setzen, denn selbst mit der über ein Jahrzehnt verzögerten und erst im Februar 2012 für größere Teile St. Georgs in Kraft getretenen Sozialen Erhaltungsverordnung sind die Spekulantengier und der Mietenwahnsinn keineswegs eingeschränkt oder gar aufgehoben.



Jana Topp vor dem Haus Danziger Straße 44, das von Spekulanten entmietet werden soll

Zudem versagen die Behörden oft, wenn es darum geht, dem Rausmobben von MieterInnen und den Tricks der EigentümerInnen etwas Wirksames entgegenzusetzen. Das hat ganz sicher etwas mit unzureichenden Gesetzen und Ahndungsmöglichkeiten in diesem eigentümerorientierten Land zu tun. Zu einem Teil ist dies aber auch verursacht durch eine völlige Unterbesetzung der für das Durchsetzen der Sozialen Erhaltungsverordnung und des Wohnraumschutzgesetzes zuständigen Stellen. Zum anderen machen wir dem Bezirk Mitte – vor dem Hintergrund vieler Beispiele aus den vergangenen Jahren – den Vorwurf, oft allzu eigentümer- und investorenfreundlich zu handeln. Erinert sei nur an den „Fall Frank Jendrusch“, wo es der Bezirk nicht einmal hinbekommen hat, den Schutz inhabergeführter Läden auch nur einen Mäuschenschritt voranzubringen, von der Verdrängung des Kräuterladens und der Buchhandlung Wohlers durch die Jendrusch'sche Verdreifachung der Miete einmal ganz abgesehen.

Am 13. März wurden nun beispielhaft Ross und Reiter benannt, ging es konkret um solche Vermie-

ter mit Sitz und Mietobjekten in St. Georg wie eben jenen allzu bekannten Frank Jendrusch („Jendrusch & Partner“), aber auch weniger bekannte, allerdings ebenso nachhaltig agierende wie Bert Ludewig („Hanseatische Anlagen und Immobilien KG“) und die „Akelius GmbH“. Das „Brandhaus“ (Lange Reihe 57/59) fand beim Rundgang Erwähnung, ebenso die „CELLS Bauwelt GmbH“ (Lange Reihe 26) und Florian Möhring und seine ehemalige „Möhring KG/Privatbau GmbH“ (Lange Reihe 19). Nicht zuletzt ging es um Verstöße gegen das Wohnraumschutzgesetz, um zweckentfremdeten Wohnraum und sog. Ferienwohnungen, die ordnungswidrig über einen längeren Zeitraum quasi gewerblich an wechselnde Feriengäste vermietet werden.



Heike und St. Georger LINKE. vor demselben Haus

Wie schon auf unserem Flugblatt zur Bewerbung dieses von rund 70 TeilnehmerInnen begleiteten Umzuges geht es aus unserer Sicht um folgendes: Um den Stadtteilmix zu erhalten und vor allem die MieterInnen in ihren Wohnungen schützen zu können, braucht Hamburg-Mitte dringend mehr Planstellen in den zuständigen Ämtern, bedarf es aber auch verbesserter Gesetze und ebenso des erklärten Willens zur schärferen Verfolgung von Spekulanten. Und die um ihr Wohnrecht kämpfenden EinwohnerInnen brauchen dringend mehr Unterstützung.

Michael Joho im „Lachenden Drachen“
(Fotos: Dirk Prösdorf)

So kann die Zusammenarbeit im Stadtteil funktionieren, der Rundgang war Aufklärung im besten Sinne! Die Fahne wäre da eher fehl am Platze gewesen. Die LINKE. ist eben selbstverständlicher Bestandteil des Einwohnervereins.

Unterkunft fast voll belegt

Am 02.04.2015 habe ich die Flüchtlingswohnunterkunft in Billbrook besichtigt und einen Rundgang durch die Unterkünfte gemacht. Ich kann mit großer Freude mitteilen, dass die Unterkünfte fast belegt sind.



Komplett abgeschlossen ist die Belegung in knapp einer Woche, dann sind alle Plätze belegt. Das entspricht zwar nicht mehr den eigentlichen Pla-

nungen, nach denen alles frühzeitiger fertig sein sollte. Aber unter Berücksichtigung der umfangreichen Arbeiten, ist die Fertigstellung erst jetzt dennoch vertretbar.

Die Unterkünfte sind gut ausgestattet, es gibt eine Küche mit Herd und Einbauschränken, Bad (Dusche) und WC getrennt und mit Waschgelegenheit. Bettgestelle, Tische, Stühle, Schränke gehören ebenso zur Grundausstattung der Wohnunterkunft, wie auch TV Antennenanschlüsse und überall Stromanschlüsse/Steckdosen.

Ich war in Abständen immer mal wieder zu Besuch dort und habe mich auch mit den Menschen unterhalten, allen geht es soweit gut und das ist sehr schön.

Aus der Bezirkspolitik wurde von allen anwesenden Bezirkspolitikern dem Träger Pflegen und Wohnen Hilfe bei der Suche nach Kooperationspartnern in Form eines Runden Tisches angeboten.

Maureen Schwalke

Ostermarsch 2015



Am Ostermontag, 06.04.2015 war der diesjährige Oster- und Friedensmarsch in Hamburg. Wie jedes Jahr war ich wieder einmal dabei, das Wetter war ausgezeichnet mit blauem Himmel und viel Sonne.

Es begann mit einer Friedensandacht in der Erlöserkirche Borgfelde, Jungestraße 7, 20535 Hamburg. Dazu gab es kleine Blumensträuße mit gelben Osterglocken, auch Narzissen genannt. Über noch mehr TeilnehmerInnen wäre ich in kommenden Jahren persönlich sehr erfreut.

Denn der Frieden ist kein selbstverständliches Gut, wie zahlreiche Kriegsgebiete/Kriegsherde auf **unserer** Welt zeigen. Und das geht uns alle an, wir alle tragen ein Stück an Verantwortung für diese Kriege.

Deshalb ist unser solidarisches Eintreten für den Frieden und der Kampf gegen die Kriegsgefahr in der Welt unerlässlich und ein wichtiges Zeichen!

Maureen Schwalke

(Pressemitteilung zur Einschätzung der Ostermärsche 2015 dokumentiert auf Seite 10)

Plural links geht anders

Die letzten Wochen haben in mir Zweifel aufkommen lassen, dass wir wirklich verstanden haben, was eigentlich mit „pluraler linker Partei“ gemeint ist. Nach meiner Überzeugung heißt das nämlich, dass wir davon ausgehen, dass unterschiedliche Auffassungen zu Strategie und Taktik auf der Basis des Parteiprogramms selbstverständlich möglich sein müssen. Wobei das Parteiprogramm mindestens so interpretierbar ist wie die Bibel, wie jeder Text.

Das heißt auch, dass z.B. ein Landesverband entscheiden können muss, ob die politische Lage im jeweiligen Bundesland eine Regierungsbeteiligung möglich oder sogar nötig macht. Das darf und muss dann natürlich auch kritisiert werden können.

Ebenso muss es möglich sein, so wie hier in Hamburg, mit diesen Grünen und dieser SPD, eine solche Regierungsbeteiligung kategorisch auszuschließen. Die inzwischen bekannten Ergebnisse aus den rot-grünen Koalitionsverhandlungen machen ja deutlich genug, was mit dem Scholzomaten alles nicht geht. Da wären Verhandlungen in der Tat Betrug am Wahlvolk. Wer das anders sieht, muss das aber auch sagen und begründen dürfen.

Was gar nicht geht, das sind all die E-Mail-Schreiber, die ganz allein im Besitz der Wahrheit sind, sich gar zum alten Cato aufschwingen und die Zerstörung von Teilen der Partei fordern. Was auch nicht geht, das ist die Ankündigung, einer Fraktionsvorsitzenden „Demut“ beibringen zu wollen. Was ebenso wenig geht, das ist aber die regelmäßige Erklärung der Welt für all die kleinen Dummchen, die nicht dem eigenen innerparteilichen Verein angehören, mit den immer gleichen Formeln und den mehr oder weniger passenden Zitaten verstorbener Autoren, die sich gegen die Vereinnahmung nicht mehr wehren können.

Auch wenn es zum 500. Mal beschworen wird: Der Kapitalismus steht eben nicht unmittelbar vor seinem Ende, er ist leider immer noch ganz kregel - mit all den tödlichen Folgen für die Menschen in Hunger- und Kriegsgebieten, aber auch hier. Und deshalb wird die LINKE gebraucht! Die ganze Partei, mit allen Aktiven und nicht nur meine jeweilige In-Group! Und sie muss nach Mehrheiten streben, nicht nur auf Parteitag und Mitgliederversammlungen, sondern im Land. Das ist

der Sinn einer politischen Partei. Wer das nicht will, kann ja gemütlich im eigenen Saft Recht haben.



Da gehören wir hin:

Gemeinsam mit anderen auf die Straße! (Foto: MS)

Wir brauchen Menschen, die in selbst bewusster Unterschiedlichkeit gemeinsam nach vorne denken und handeln, die die Auseinandersetzung mit den politischen Gegnern **außerhalb** der Partei führen und sich nicht daran berauschen, dem jeweils anderen **in** der Partei wieder mal Verrat oder Verschwörungen „nachgewiesen“ zu haben.

Eine plurale **und** solidarische LINKE könnte den Neoliberalen wirklich die Hölle heiß machen. Das Bild, das die Diskussionsliste der Hamburger Partei nach der Konstituierung der Bürgerschaftsfraktion geliefert hat, ist wunderbar geeignet, unsere Mitglieder zu frustrieren, den bürgerlichen Journalisten Futter zu liefern und den wirklich Herrschenden das Gefühl zu vermitteln, dass ihnen von uns ganz gewiss keine Gefahr droht. Das muss sich ändern. Lasst uns wieder Politik machen anstatt Verschwörungstheorien nachzuhängen!

Bernhard Stietz-Leipnitz

PS: Ich persönlich habe auch große Schwierigkeiten damit, wenn einzelne Personen auf irgendwelche Sockel gestellt werden, heißen sie nun Dora oder Sagra oder Gregor oder wie auch immer.

Dokumentiert: Sofortinformation des Geschäftsführenden Landesvorstands

zur Tagung des Landesparteitags am 21.3. 15 (Mail vom 24.03.2015)

1. Der Landesparteitag fand in einer für die gesamte Partei in Hamburg schwierigen Situation statt. Er hatte die Aufgabe, einen Beitrag dazu zu leisten, die Vorgänge um die Konstituierung unserer Bürgerschaftsfraktion am 1. März 2015 aufzuarbeiten und zumindest die Umrisse einer politischen Perspektive für unsere Partei in Hamburg zu entwickeln. Das ist uns gelungen.

2. Zur Vorbereitung des Landesparteitages hat der Landesvorstand am 9. März 2015 den Beschluss „Den Wahlerfolg in der weiteren Partei- und Parlamentsarbeit ausbauen“ gefasst und als Antrag auf dem Landesparteitag eingebracht. Dieser Beschluss war die Basis für eine konstruktive Klausurtagung der neuen Bürgerschaftsfraktion unserer Partei vom 13. bis zum 15. März 2015. Auf dem Landesparteitag ist dieser Antrag nicht behandelt worden, da die Aufarbeitung der Vorgänge um die Konstituierung der Bürgerschaftsfraktion die Delegierten mehr beschäftigte.

3. Auf der Klausurtagung entwickelte die Fraktion drei politische Schwerpunkte: Soziale Stadtteilentwicklung, bezahlbarer Wohnraum und Flüchtlingspolitik in Hamburg. Mit dieser inhaltlichen Aufstellung ging die Fraktion mit 8 Veranstaltungen in die Bezirksverbände unserer Partei. Dort stellten sich die Abgeordneten den Fragen der Mitglieder, vor allem zur Nichtwahl von Dora Heyenn in den Fraktionsvorstand trotz der vom Landesvorstand empfohlenen Doppelspitze mit ihr. Auf dem Parteitag schilderte Cansu Özdemir, was die Fraktion sich inhaltlich vorgenommen hat.

4. Die Konstituierung der Bürgerschaftsfraktion war das beherrschende Thema des Landesparteitages. Von vielen Seiten wurde Dora Heyenn für ihren Einsatz beim Wahlkampf gedankt. Sabine Boeddinghaus schilderte die Haltung der Fraktion.

„Bei der Wahl der Doppelspitze kam es zu einem Debakel, Dora wurde nicht gewählt. Vorausgegangen waren sehr eingehende Diskussionen über Kritikpunkte und eine offene Aussprache mit dem Wunsch, mit der personellen Aufstellung der Doppelspitze (Dora plus X) auch einen Wechsel in der Führung der Fraktion zu organisieren. Dieser Wechsel ist uns gründlich misslungen. Dafür tragen wir als gesamte Fraktion die Verantwortung. Dass Dora nicht gewählt wurde, ist politisch ein verheerendes Signal.

Wir sagen ausdrücklich, Partei und Fraktion verdanken Dora sehr viel und sie hat diese Art der Abwahl nicht verdient.

Klar ist aber auch, dass die tieferen Ursachen für das Abstimmungsergebnis nicht allein im Hier und Jetzt, sondern in zurückliegenden ungelösten Krisensituationen und Problemstellungen liegen.

Bereits der Wahlparteitag hat tiefe Risse und Zerwürfnisse offenbart, die zwar von der gesamten Partei und einer hoch engagierten Spitzenkandidatin in einem disziplinierten und starken Wahlkampf kompensiert wurden, die sich aber nun wieder mit aller Macht Bahn brechen und endlich gründlich aufgearbeitet und gelöst werden müssen.“

Uns ist absolut bewusst, dass etliche Mitglieder enttäuscht und böse über diesen Vorgang und Umgang in der Fraktion sind.“

Dora Heyenn schilderte demgegenüber die Ereignisse aus ihrer Sicht und begründete ihren Austritt aus der Fraktion.

In der Diskussion wurde an Kritik, sowohl an der Fraktion als auch an Dora Heyenn, insbesondere an ihrem Austritt aus der Fraktion, nicht gespart. Es blieb aber der Ausblick nach vorne. Verletzungen und unbewältigte Konflikte machen derzeit ein Aufeinanderzugehen schwierig.

5. Die Fraktion verdeutlichte, dass die Tür für eine Rückkehr von Dora Heyenn in die Fraktion offenstehe, dass beide Seiten an vertrauensbildenden Maßnahmen arbeiten sollten, um die Rückkehr zu ermöglichen, und dass dieser Prozess in enger Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand organisiert werden solle.

6. Die Delegierten lehnten einen Antrag zur Empfehlung einer Neuwahl des Fraktionsvorstandes mit deutlicher Mehrheit ab und stärkten dem am 1. März 2015 gewählten Fraktionsvorstand den Rücken. Dies sowie das inhaltliche Angebot, das in der Partei breite Zustimmung fand, vermittelte ein zaghaftes Signal für einen Anfang „Zurück zur Politik

7. Der Landesparteitag wählte Inge Asimiadis, Regine Brüggemann, Olga Fritzsche und Sieglinde Steidinger auf die bisher nicht besetzten Plätze im Landesvorstand.

8. In der weiteren Arbeit wird der Landesvorstand darauf achten, dass die Fraktion die inhaltlichen Schwerpunkte gemeinsam mit der Partei umsetzt. Partei und Fraktion werden an der Anti-Olympia-Kampagne arbeiten. Bei alledem verbleibt die Aufgabe, Fraktion und Dora Heyenn dabei zu unterstützen, wieder zueinander zu finden.

Beschluss des Landesparteitags der LINKEN Hamburg am 21.03.2015:

Internationale Solidarität mit den kämpfenden GenossInnen in Griechenland

Der Wahlerfolg von dem Linksbündnis SYRIZA bei den griechischen Parlamentswahlen im Januar ist Ausdruck des Erstarkens von sozialen Bewegungen gegen die Austeritätspolitik europaweit. Insbesondere in Griechenland wird die Austeritätspolitik mit dem massenhaften Eintreten für eine soziale Perspektive zunehmend in Frage gestellt. Mit dem sehr erfreulichen Wahlergebnis für SYRIZA ist die propagierte Alternativlosigkeit von „TROIKA“ und Schuldenbremse erweitert durchbrochen. Der Hamburger Landesverband der Partei DIE LINKE erklärt sich solidarisch mit den kämpfenden GenossInnen in Griechenland und ganz Europa. Die SYRIZA-Regierung betreibt Oppositionspolitik zu den herrschenden Verhältnissen mit

- dem Stopp der Privatisierung des Athener Hafens und der griechischen Goldminen,
- der umgehenden Rekonstruktion des Sozialstaates durch die Rücknahme von neoliberalen Deformationen im öffentlichen Bereich,
- einem Armutsbekämpfungsprogramm mit kostenloser Stromversorgung und Essensausgabe sowie Mietunterstützung,
- einer Politik der Deeskalation gegenüber Russland,
- dem Verkauf der Dienstlimousinen der Minister,
- der Vergabe der griechischen Staatsangehörigkeit an 200.000 Flüchtlingskinder und der Planung, den Grenzzaun zur Türkei einzureißen sowie der Schließung der menschenunwürdigen Erstaufnahmelager und der sofortigen Beendigung der 18-monatigen Abschiebehaft,
- der Wiederaufnahme des Staatsfernsehens,
- der angestrebten Ausweitung der Korruptionsbekämpfung und Reichen-Besteuerung.



Dagegen propagieren PolitikerInnen und Medien in der EU unentwegt den "Untergang des Abendlandes", um die griechische Regierung weiter unter Druck zu setzen und alle Hoffnungen auf soziale Verhältnisse, auch über Griechenland

hinaus, im Keim zu ersticken. Währenddessen strömen in Athen zehntausende Menschen auf den Syntagma-Platz, um die SYRIZA-Regierung in ihrem politischen Kurs zu unterstützen. Unverbrüchlicher Humanismus, internationale Solidarität und das mutige Einstehen für Gerechtigkeit setzt humane Verbesserungen durch und beendet das schmutzige Geschäft der Machtpolitik.



Weder für Griechenland, noch für Hamburg, noch für die ganze EU muss die zerstörerische Schuldenbremse gelten. Angesichts des riesigen privat angeeigneten Reichtums muss die Bevölkerung den Gürtel nicht enger schnallen. Stattdessen sind die Vermögen und Unternehmen stark zu besteuern und die öffentlichen Einrichtungen für die menschenwürdige Entwicklung opulent zu finanzieren. Mit argumentativer Auseinandersetzung ist gegen die machtpolitische Propaganda aufzuklären, die Kriegsführung nach innen und außen ist durch humanitäre Maßnahmen zu beenden.

Als klare soziale Alternative zur rechten Beantwortung der Krise ist es der griechischen Linken auch gelungen, die neofaschistische Partei Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) bei den Wahlen im Januar von 9,3 % bei den EU-Wahlen 2014 auf 6,3 % zu drücken. TTIP kann an einer linken Parlamentsmehrheit in Athen zum Scheitern gebracht werden. Die humanitäre Krise und die gesellschaftliche Polarisierung ist damit noch nicht gelöst. Insbesondere für die links organisierten Kräfte in Deutschland, der Höhle des Löwen, ist dies mit einer hohen solidarischen Verantwortung verbunden.

Der Landesverband der LINKEN Hamburg wird mit Veranstaltungen, Publikationen und Protest auf der Straße aktiv Solidarität mit den kämpfenden GenossInnen in Griechenland üben.

Kontakt: DIE LINKE. Hamburg, Wendenstraße 6, 20097 Hamburg, www.die-linke-hamburg.de

Zum Tarifabschluss für den Öffentlichen Dienst

Großer Jubel bleibt aus angesichts des vorgeschlagenen Tarifabschlusses bei den im Öffentlichen Dienst (ÖD) Beschäftigten der Länder (dazu gehören fast alle Beschäftigten der Hamburger Behörden): ab 1.3.2015 2,1 % mehr und ab 1.3.2016 weitere 2,3 %.

Für die Auszubildenden steigen die Entgelte jeweils um 30 Euro, der Urlaub erhöht sich um 1 Tag auf 29 Tage im Jahr.

Zeitgleich soll der Abschluss (in Hamburg) für alle BeamtInnen, PensionärInnen und RentnerInnen übertragen werden.



Leider haben Verdi und DBB dem „Druck“ der Arbeitgeberseite teilweise nachgegeben. So müssen die Beschäftigten jetzt höhere Eigenanteile an ihrer späteren Betriebsrente während ihrer aktiven Arbeitszeit einzahlen: die Steigerung erfolgt ab 1.7.15 von 1,41 % auf 1,61 %, zum 1.7.16 weiter auf 1,71 % und zum 1.7.17 auf 1,81 % des tariflichen Brutto-Gehaltes.

Für die Hamburger ArbeitnehmerInnen des ÖD gilt das sogenannte Hamburger Ruhegeldgesetz. Noch ist nicht entschieden, ob der Senat und die Bürgerschaft die Erhöhung der Eigenanteile übernehmen werden.



Weiter im Tarifkampf befinden sich die angestellten Lehrer, deren Netto-Gehalt oft bis zu 650 Euro niedriger ist als das ihrer verbeamteten KollegInnen.

Der Deutsche Beamtenbund (DBB) hat den geschilderten Tarifabschluss zu dem Preis angenommen, dass seine Mitglieder eine Extra-Erhöhung – ab 1.8.2016 – von 30 Euro Festgeld erhalten.

Die GEW als Verhandlungsführer – unterstützt von Verdi – lehnt dieses „Angebot“ ab, weil es die strukturelle Ungleichheit der verschiedenen Beschäftigtengruppen nicht aufhebt.



Ebenso werden die Kämpfe von ErzieherInnen und Sozialpädagogischem Personal in Schulen und KITAS weitergeführt. Auch für diese Beschäftigten muss ein neues Tarifgefüge (mit einer Steigerung von mindestens 10 %) erkämpft werden, was den gestiegenen Anforderungen an deren Ausbildung und einer modernen, inklusiven Pädagogik anerkennt. In Hamburg haben sich am 7.4. rund 2.000 ErzieherInnen an den Warnstreiks beteiligt.

-ena (Fotos: Reinhard Schwandt)

Macht mit beim 1. Mai!

Die Arbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft der LINKEN. hier in Hamburg hat sich regelmäßig unterstützend an den Tarifauseinandersetzungen der letzten Wochen beteiligt.

Am ersten Mai werden wir wieder mit einem Infostand und der aktuellen Ausgabe unserer Zeitung auf der Straße sein. Natürlich geht manches Mal mehr als die SPD-Funktionäre in den Gewerkschaftsspitzen zu fordern wagen. Eben das müssen wir den Kollegen verdeutlichen.

Kommt alle zum ersten Mai – er ist immer noch der Tag der Solidarität der ArbeitnehmerInnen. Zum Kampftag wird er erst wieder, wenn wir die KollegInnen davon überzeugen, dass der Kampf sich lohnt.

besel

Zur Erinnerung für alle ein Auszug aus dem Bürgerschaftswahlprogramm 2015:

NOlympia in Hamburg

Senat, Handelskammer und HSB verbreiten derzeit mit viel Aufwand, dass die Stadt Hamburg bescheidene, ökologisch orientierte und sozial verträgliche Spiele ausrichten könnte. Dabei unterstellen Sie substanzielle Reformen des IOC. Beides hält DIE LINKE für Wunschdenken.

Vielmehr befürchten wir: Die Folgen einer Ausrichtung Olympischer Spiele 2024 und 2028 wären enorme Kosten, eine weitere soziale Spaltung und Umweltschäden. Die Spiele würden Hamburg über Jahrzehnte belasten. Hauptprofiteur der Olympischen Spiele wäre in erster Linie die korrupte olympische Familie selbst (IOC, NOKs, OKs etc.). Es würden die profitabelsten Bereiche abgeschöpft und mit rechtlich fragwürdigen Vertragsinhalten würden sämtliche Kosten und Risiken an die öffentliche Hand delegiert. Daneben ist absehbar, dass zahlreiche Unternehmen und die Finanzwirtschaft von den Spielen profitieren werden. Die Exklusivität der mit dem IOC kooperierenden Unternehmen verzerrt dabei sogar den Wettbewerb zulasten regionaler kleinerer und mittlerer Unternehmen. Volkswirtschaftliche Vorteile durch die Ausrichtung der Spiele sind nur marginal. Es ist längst belegt, dass solche Spiele weder Beschäftigung noch Einkommen steigern lassen.

Olympische Spiele der letzten Jahrzehnte haben zu folgenden Erkenntnissen geführt:

- Die Austragung hatte fast immer einen negativen Effekt auf die Haushaltslage der Städte. Teilweise konnten die öffentlichen

Schulden in Milliardenhöhe erst Jahrzehnte später getilgt werden.

- Die tatsächlichen Kosten überstiegen in allen Fällen bei weitem die kalkulierten Kosten. Teilweise gibt es Abweichungen von bis zu 1400 Prozent, wie im Fall der Spiele in Montreal 1976.
- Mit der Austragung der Spiele geht besonders die Verdrängung von Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen aus angestammten Wohnverhältnissen einher.
- Olympische Spiele führen zu einer Zunahme von Umweltbelastungen, u.a. durch erhöhtes Verkehrsaufkommen.
- Breitensportliche Wirkungen können kaum erzielt werden.

Die Handelskammer und eine breite Wirtschaftslobby üben weiterhin Druck auf Politik und Gesellschaft aus, um eine Bewerbung für die Austragung der Spiele zu erzwingen. Die Bevölkerung soll dazu - sollte es nach den Befürwortern gehen - nur noch abnicken dürfen. DIE LINKE fordert daher ein verbindliches Referendum und höchstmögliche Transparenz.

Vor diesem Hintergrund lehnt DIE LINKE jeden Versuch ab, eine Bewerbung für die Olympischen Spiele 2024 und 2028 zu rechtfertigen. Hamburg braucht Breitensportliche Investitionen in Sportinfrastruktur und Programme zur Beteiligung aller Bevölkerungsschichten und kein einmaliges Event, das zulasten Hamburgs geht. "16 Tage feiern - 16 Jahre zahlen" - das kann und darf nicht das Motto für die sportliche Zukunft Hamburgs sein.

Mal was anderes: **LITERARISCHES MENÜ**

Die Zukunft war früher auch besser

Eine Lesung mit Musik & Gesang des Literarischen Menüetts der Geschichtswerkstatt St. Georg (Liane Lieske, Harald Heck, Eberhard Marold, Bernhard Stietz-Leipnitz)

Samstag, 17.4.2015, 18 Uhr

KLUB im Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof

Eintritt 15 € (inkl. Büfett, ohne Getränke)

Karten nur nach Vorbestellung bei Wolfgang Rose: post@wolfgang-rose.info

Die Zukunft war früher auch besser (Karl Valentin)

Die Zukunft vorhersagen oder -sehen zu können, war von jeher ein Menschheitstraum. Einige phantasieren sich in Visionen von einer besseren Welt mit dem vollkommenen Menschen, vom vollkommenen Glück. Anderen genügen die Prognosen der Aktienanalysten oder die der Wetterfrösche. Wiederum andere entwerfen Horrorszenarien, in denen die Menschen ihr Sklaventum lieben – und das freiwillig. Computer beherrschen die Welt mit übermenschlicher Intelligenz und außermenschlicher Ethik. Die Erde ist zu klein oder unbewohnbar geworden, der Mensch sucht Zuflucht auf entfernten Planeten und trifft auf außerirdische Wesen und wir - folgen ihnen beherzt durch die Galaxis bis zum Restaurant am Ende des Universums.

Linke Woche der Zukunft - 23. bis 26. April 2015, Berlin

Die Zukunft beginnt heute: Stress in der Arbeit und ohne sie, öffentliche Armut und explodierende Profite, Alters- und Kinderarmut, marktconforme Demokratie. Die Zukunft beginnt heute: mit Wirtschaftsdemokratie und Care Revolution, mit Commons und öffentlicher Daseinsvorsorge, Umverteilen und Demokratisierung von Parlament und Öffentlichkeit, mit Willkommenskultur und neuen Formen linker Politik. Was sind linke Alternativen und Strategien für eine wünschbare Zukunft?

80 Veranstaltungen in 4 Tagen

Vorträge, Diskussionen, Strategiewerkstätten, Vernetzungstreffen, Kultur, Stadtspaziergänge. Und zusammen feiern. Deine Ideen, Diskussionen und Erfahrungen sind gefragt!

Unter dem Dach "Linke Woche der Zukunft" werden Veranstaltungen verschiedener Träger - Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bundestagsfraktion DIE LINKE und der Partei DIE LINKE - durchgeführt.

Mit

Elmar Altvater, Volker Braun, Dietmar Dath, Alex Demirovic, Frank Deppe, Klaus Dörre, Anke Domscheit-Berg, Gregor Gysi, Bini Adamczak, Frigga Haug, Bernadette LaHengst, Katja Kipping, Volker Lösch, Birgit Mahnkopf, Chantal Mouffe, Bernd Riexinger, Hans-Jürgen Urban, Sahra Wagenknecht, Hilary Wainwright, Gabriele Winker, Raul Zelik – und: Leute von Syriza, Ver.di, Blockupy, Erwerbslosenforum, Interventionistische Linke, Podemos, IG Metall, Gewerkschaft der Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger (USA), Occupy und vielen mehr.

Berlin, Franz-Mehring-Platz 1 und Umgebung

Eintritt frei, barrierefrei, Anmeldung, Kinderbetreuung und Bettenbörse unter

zukunft@linkewochederzukunft.de

Das Video zur Linken Woche der Zukunft auf

www.youtube.com

Rolf Becker wurde 80!

Liebe St. GeorgerInnen und umzu!
Am 31. März 2015 wurde Rolf Becker 80 Jahre alt. Viele Jahre begleitet er nicht zuletzt die Aktivitäten in seinem jahrzehntelangen Wohnquartier St. Georg, sei es als Vorlesender aus Kinderbüchern und dem "Kommunistischen Manifest" auf Veranstaltungen der Geschichtswerkstatt (GW), sei es als Redner bei der Einweihung der Ossietzky-Gedenktafel 1994, beim 25-Jahr-Umzug 2012 oder jüngst beim "informativen Umzug gegen Spekulantengier und Behördenversagen" auf der Langen Reihe 2015, sämtlich Veranstaltungen des Einwohnervers (EV). Dieser hat ihm 2010 übrigens St. Georgs wichtigsten Kulturpreis verliehen: den "Goldenen Drachen", in Anerkennung seiner kulturellen Verdienste für unser Quartier. Und auch in der ev. Kirchengemeinde vor Ort, obwohl kein Kirchenmitglied, ist er seit langem präsent, worüber ausführlich in dem Artikel "Ein Mahner aus Leidenschaft" im "Hamburger Abendblatt" am 2. Dezember 2014 berichtet wurde. Der Link:

www.abendblatt.de/ratgeber/extra-journal/article134922621/Ein-Mahner-aus-Leidenschaft.html

Wir alle würdigen den Jubilar, unseren Mitstreiter Rolf Becker, in den kommenden Wochen durch verschiedene Aktivitäten:

- * in der nächsten Ausgabe des "Lachenden Drachen" - der Stadtteilzeitung des EV - wird ein Porträt über Rolf erscheinen;
- * die GW ist eine der Hauptveranstalterinnen der großen Geburtstagsparty am Samstag, den 18. April, von 11.00 bis 13.15 Uhr im Deutschen Schauspielhaus
- * die GW lädt im Rahmen ihres Programms zum 70. Jahrestag der Befreiung von Nationalsozialismus und Krieg ein zu einem Gesprächsabend mit Rolf Becker am Freitag, den 29. Mai, um 19.00 Uhr im Turm der Dreieinigkeitskirche, Titel: "Erinnerungen an die Kindheit im Nationalsozialismus und Konsequenzen fürs Leben".

Am Samstag, den 28. März, also drei Tage vor seinem 80. Geburtstag, ist in der "jungen welt" ein zweiseitiges Interview mit Rolf erschienen.

Beste Grüße aus St. Georg
Michael Joho

Dokumentiert: Pressemitteilung des Bundesausschusses Friedensratschlag:

Ukraine im Fokus

Abrüstung ist das Gebot der Stunde

Friedensratschlag: Jetzt den Blick auf den Tag der Befreiung



Entgegen mancher böswilligen Vorausschau zogen die Organisatoren der diesjährigen Ostermärsche eine positive Bilanz: Dies bezieht sich nicht nur auf die - leicht - gestiegenen Teilnehmerzahlen (an 100 Orten waren mehr als 10.000 Menschen in Bewegung), und auch nicht nur auf die relative einhellige Agenda (von der Eskalation im Ukraine-Konflikt bis zum Stopp der Rüstung hier zu Lande), sondern auch auf die Tatsache, dass die Friedensbewegung mit den Ostermärschen ihre Forderungen auf die Straße bringen kann.

Im Zentrum der Aufmerksamkeit stand - noch mehr als im vergangenen Jahr - der Konflikt in der und um die Ukraine. Es geht dabei nicht nur um die Zukunft dieses Landes, das derart heruntergewirtschaftet ist, dass es lange Zeit am Tropf der EU bzw. der Eurasischen Wirtschaftsunion hängen würde. Es geht auch um die Behandlung Russlands durch den Westen, insbesondere durch die NATO. Lühr Henken, Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag, brachte in seiner Ostermarschrede in Kiel die Hauptforderungen der Friedensbewegung auf den Punkt: "Wir brauchen Kooperation statt Konfrontation. Es ist Zeit für eine neue Entspannungspolitik!", rief er unter dem Beifall der Anwesenden und präziserte zugleich, was das konkret heißen könnte: Aufwertung und Stärkung der OSZE, die wirksame Rüstungskontrollen in allen Landesteilen durchführen müsse; direkte Verhandlungen zwischen der ukrainischen Regierung in Kiew und den Aufständischen im Osten; die Garantie des neutralen Status der Ukraine (d.h. der militärischen Unabhängigkeit von NATO und Russland) sowie eine Abmachung über konventionelle und atomare Abrüstung in Europa.

Aufrüstung in Deutschland hat einen zusätzlichen Namen: Kampfdrohnen. Wie vor wenigen Tagen bekannt wurde, hat die Bundesregierung ein milliardenschweres Beschaffungspaket für Spionage- und Kampfdrohnen geschürt: Bis 2025 sollen europäi-

sche bewaffnete Drohnen in Dienst gestellt werden; bis dahin sollen US-amerikanische und israelische Kampfdrohnen die Fähigkeitslücke schließen helfen. Hinzu kommen weitere Aufrüstungsprogramme: Herzstück ist die strategische Verlegefähigkeit per Luft; neue A400 M-Kampfzonentransporter werden passgenau angefertigt: Für nagelneue Kampf- und Transporthelikopter, für Schützenpanzer und Mannschaftstransportfahrzeuge – und Hightech-Infanteristen, die aus der Ladeluke abspringen können. Das Heer wird für die Aufstandsbekämpfung insbesondere in der Stadt optimiert (hierfür wird in der Nähe Magdeburgs ein Gefechtszentrum gebaut). Die Marine wird mit Korvetten und Fregatten ausgerüstet, mit denen weit in das Innere fremder Länder geschossen werden kann. Und worum geht es dabei? "Die Bundeswehreinätze sollen Handelswege sichern und Zugänge zu Rohstoffen ermöglichen" - so wiederum Lühr Henken in Kiel.

Der deutsche Waffenspezialist und Kriegsgegner Jürgen Grässlin nannte beim Start des Ostermarsches Rhein-Ruhr auf dem Marktplatz in Düsseldorf insgesamt 16 Rüstungsexportfälle, die zweierlei deutlich machen: 1. Wie es kommt, dass Deutschland sich unter den Rüstungsexportnationen auf Platz 4, vorübergehend sogar auf Platz 3 vorschieben konnte; 2. welche Staaten - allesamt keine menschenrechtlichen Musterknaben - in den Besitz deutscher Waffen und Waffentechnologie kamen. Darunter etwa Ägypten, Libyen, Algerien, Saudi-Arabien, Kroatien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Kuwait.

Auf fast allen Ostermärschen wurde dieser Umstand beim Namen genannt und gefordert, dass die Bundesregierung diese skandalöse Exportpraxis endlich aufgibt.

Die Friedensbewegung ist eine antifaschistische Bewegung. Daher wurde in allen Reden und Abschluss-Resolutionen der 70. Jahrestag der Befreiung angesprochen, der am 8. Mai begangen wird. Am 8. und 9. Mai 2015 werden in vielen Städten und Gedenkortern unter Federführung der VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der AntifaschistInnen) Demonstrationen, Kundgebungen und Friedensfeste zur Erinnerung an das Ende des verbrecherischen 2. Weltkriegs begangen. Auch hier wird es keinen Platz für Kriegsverharmloser oder Holocaust-Leugner geben.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag:
Peter Strutynski

Termine in (und für) Mitte

Dienstag, 14.04. 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Dienstag, 14.04., 20:00 Uhr

Treffen der **Finkenlinken**,
turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

Mittwoch, 15.04., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Mittwoch, 15.04., 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Samstag, 18.04., 11 Uhr

Öffentliche Geburtstagsfeier für **Rolf Becker**
Deutsches Schauspielhaus, Kirchenallee
Eintritt frei, Spende dringend erbeten

Montag, 20.04., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Donnerstag, 23.04., 17:30 Uhr

Sitzung der
Bezirksversammlung (öffentlich)
Sitzungssaal, Klosterwall 4, 1. OG

Donnerstag, 23. bis Sonntag, 26.4.

Linke Woche der Zukunft
Berlin (siehe S. 10)

Mai

Freitag, 01.05., 11 Uhr

Maidemonstration des DGB:
„Die Zukunft der Arbeit gestalten wir!“
ab Rödingsmarkt

Montag, 04.05., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Dienstag, 12.05. 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Dienstag, 12.05, 20:00 Uhr

Treffen der **Finkenlinken**,
turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

Donnerstag, 14.05., 18:30 Uhr (Feiertag!?)

Treffen der **BO Billstedt**
AWO Merkenstraße (Möllner Landstraße 142)

Montag, 18.05., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 20.05., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Mittwoch, 20.05., 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Ort: Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Alexander Benthin		alexander.benthin@die-linke-hamburg-mitte.de
Jörg Günther		joerg.guenther@die-linke-hamburg-mitte.de
Jan-Peter Klöckner		jan-peter.kloeckner@die-linke-hamburg-mitte.de
Holger Knorr		holger.knorr@die-linke-hamburg-mitte.de
Heiko Laue		heiko.laue@die-linke-hamburg-mitte.de
Frank Rinnert, komm. Schatzmeister		stakkato1966@gmx.de
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
<i>nachrichtlich:</i>		
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto: DIE LINKE. BV Hamburg-Mitte, **IBAN** DE 23 2001 0020 0852 5392 06, **BIC** PBNKDEFF